# NEWSLETTER JUNI

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

um den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen, muss Deutschland seine Anstrengungen für den Klimaschutz erheblich verstärken. Doch statt mehr will die Bundesregierung weniger Erneuerbare Energien in dem kommenden Jahren. Der Ausbau der Stromerzeugung vor allem aus Windenergie soll deutlich gedrosselt werden, Klimaschutz bleibt auf der Strecke, und zehntausende Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Branche werden gefährdet. Das alles ergibt ökologisch und ökonomisch keinerlei Sinn. Zusammen mit den zehn Energieminister*innen der Länder haben hat die Grüne Bundestagsfraktion klare Forderungen für eine EEG-Novelle formuliert. Doch nach den Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten steht fest: Die Bundesregierung will mit ihrer EEG-Reform Klimaschutz ad acta legen. Wir Grünen in den Ländern und im Bundestag werden weiter dafür kämpfen, dass die Erneuerbaren Energien nicht weiter unter die Räder geraten.

Bei der Frage der Neuzulassung des Pflanzengifts Glyphosat innerhalb der EU, welches von der WHO als „wahrscheinlich krebserregend" eingestuft wurde, ist dank des Drucks aus der Gesellschaft immerhin auch die SPD zur einer kritischen Erkenntnis gekommen. Leider führt das zu einer völlig unklaren Haltung der Bundesregierung in Brüssel, weil die Union weiter klar auf Giftkurs ist. Dabei sind andere Länder wie Frankreich und Italien schon weiter, und lehnen eine Neuzulassung in der EU ab. Die Bundesregierung sollte auf die Mehrheit der Menschen in Deutschland hören: Kein Gift im Essen.

Auch acht Monate nach Bekanntwerden des Abgasskandals ist die Abgas-Affäre alles andere als aufgeklärt. Im Gegenteil: wöchentlich werden neue Fälle von Schummeleien und Grenzwertüberschreitungen – sei es bei Stickoxiden oder Kohlendioxid – bekannt. Doch aufgedeckt werden diese nicht von den deutschen Behörden wie dem Kraftfahrbundesamt, welches dem Verkehrsministerium unterstellt ist, sondern durch ausländische Behörden, Umweltverbände und Journalisten. Auch der von Verkehrsminister Dobrindt lang angekündigte Untersuchungsbericht wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Deshalb haben wir uns entschlossen, mit einem Untersuchungsausschuss zum größten Skandal der deutschen Autoindustrie endlich aufzuklären.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter!

Ihr/euer Oliver Krischer

*Energie/Umwelt/Klima*

1) **EEG-Novelle räumt Windkraft ab**
2) **EU-Kommission fördert Atomkraft und bremst Erneuerbare und KWK aus**

3) **Nord Stream 2 Gaspipeline zementiert fossile Abhängigkeit von Russland**
4) **Sachverständigenrat: Umweltgutachten bestätigt grüne Forderungen**
5) **Klimawandel: Waldbrände in Kanada**
6) **Bundestagsrede: Rekommunalisierung der Netze wird erschwert**

*Agrar/ Ernährung*

7) **Glyphosat-Verlängerung vorerst gestoppt**
8) **Endlich raus aus der Milchkrise**
9) **Nitrat: EU-Klage gegen Deutschland**
10) **Mehr Transparenz bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

11) **Abgasuntersuchung ohne Abgasmessung – Große Koalition sieht keinen Handlungsbedarf**
12) **Elektromobilität fördern – aber richtig!**
13) **Studie: Diesel schadet dem Klima - Autoindustrie in der Sackgasse**
14) **Deutschland braucht einen Bundesnetzplan**
15) **Der Abgas-Untersuchungsausschuss kommt**

*Energie/Umwelt/Klima*

1) **EEG-Novelle räumt Windkraft ab**

Die Pläne der Großen Koalition zur EEG-Reform sind ein herber Schlag gegen die Energiewende. Vor allem die Windenergie wird durch diese Reform heftig ins Straucheln kommen. Der vorgesehene geringe Ausbaukorridorr und die geplanten Ausschreibungen werden den Zubau der Windenergie massiv ausbremsen. Nicht nur der Klimaschutz sondern vor allem mittelständische Unternehmen und die Bürgerenergie werden dieser Politik zum Opfer. Darum habe ich in der aktuellen Stunde zu dem Thema gesprochen (hier geht's zur Bundestagsrede). Unsere Forderungen zusammen mit den Grünen Energieminister*innen der Länder und mehr Infos zum Thema finden sich HIER. Die Eckpunkte des Treffens der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung zur aktuellen EEG Novelle sowie unsere Bewertungen finden sich HIER.

2) **EU-Kommission fördert Atomkraft und bremst Erneuerbare und KWK aus**

Nach dem Willen der EU-Kommission soll die Atomkraft wiederbelebt werden. So steht es in einem Papier zur Forschungspolitik der Kommission. Die gefährliche Atomtechnologie, die nicht nur wegen Sicherheits- und Entsorgungsproblemen sondern auch wirtschaftlich gescheitert ist, soll also künftig mit Milliarden-Subventionen künstlich am Leben gehalten werden. Besonders absurd: Die gleichen Kommissare, die die Atomkraft subventionieren wollen, lassen nichts unversucht, um über das Wettbewerbsrecht die Erneuerbaren Energien und die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auszubremsen. Die Kommission beäugt argwöhnisch die Finanzierung von Strom aus Sonne, Wind und KWK und stellt sie immer wieder in Frage. Überdies hat sie bis heute das am 01. Januar 2016 in Kraft getretene KWK-Gesetz nicht genehmigt. Eine Bundesregierung, die die Ziele der Energiewende ernst nimmt, muss sich gegen diese Politik wehren. Doch Merkel, Gabriel und Hendricks haben die Atompläne aus Brüssel bisher achselzuckend hingenommen und benutzen die EU-Kommission gerne, um hierzulande Erneuerbare und KWK auszubremsen. Das Papier und weitere Infos finden sich HIER

3) **Nord Stream 2 Gaspipeline zementiert fossile Abhängigkeit von Russland**

Der russische Staatskonzern Gazprom will mit verschiedenen Partnern bis 2019 durch die Ostsee ein weiteres Pipeline-Projekt realisieren, wenngleich die bestehenden Pipelines bisher nur zu 70 Prozent ausgelastet sind. Anstatt der erhofften Diversifizierung und Verbesserung der Versorgung der EU bringen Nord Stream 3 und 4 neue Abhängigkeiten von russischem Erdgas. Acht Milliarden Euro werden in eine fossile Energieinfrastruktur investiert, aus der die Welt mit dem Paris-Abkommen eigentlich

aussteigen will. Durch die notwendige Erweiterung des innerdeutschen Erdgasnetzes werden weitere hunderte Millionen Euro über Netzentgelte auf deutsche Gaskund*innen zukommen. Dieses Geld fehlt dann für Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das Projekt spaltet zudem Europa. Insbesondere vor dem Hintergrund der Politik Putins ist es völlig unverständlich, warum die Bundesregierung auch noch für das Projekt North-Stream 2 wirbt. Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der sich klar gegen Nord Stream 2 positioniert. Der Antrag findet sich HIER.

**4) Sachverständigenrat: Umweltgutachten bestätigt Grüne Forderungen**

Das kürzlich erschienene Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) bestätigt die Einschätzung, dass die Bundesregierung viel zu wenig für eine gute Umweltpolitik tut. Die umweltpolitischen Herausforderungen sind mittlerweile so zahlreich, dass sie nicht mehr ohne weiteres abzuarbeiten sind. Dazu gehören vor allem die ökologische Transformation der Wirtschaft, Müll, Ressourcenschonung, Klimaschutz, Flächenverbrauch, Energie und Wasserqualität. Das sind nur einige Themen, bei denen Deutschland nicht unbedingt Vorreiter ist, und wo es dringenden Handlungsbedarf gibt. Mehr Infos zum Thema finden sich HIER.

**5) Klimawandel: Waldbrände in Kanada**

Waldbrände sind in Kanada ein natürliches Phänomen. Doch die Häufung und die unkontrollierbaren Großbrände in verheerendem Ausmaß, die sich seit Anfang Mai durch die Wälder Kanadas fressen, lassen die Bewohner nun hautnah die Folgen des Klimawandels spüren. Der aktuelle Brand, welcher zwischenzeitlich die doppelte Größe von Berlin erreichte, wurde befeuert von einer langen Trockenheit und einer Hitzewelle im Frühjahr. Das Wetterphänomen El Niño und der Klimawandel haben für die Wetteranomalie gesorgt und den Boden für das Ausufern der Brände gelegt. Mehr Infos zum Thema Klimawandel und Waldbrände HIER.

**6) Bundestagsrede: Rekommunalisierung der Netze wird erschwert**

Der Betrieb von Strom- und Gasverteilnetzen ist Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Für Grüne ist darum klar: Die Kommunen sollen entscheiden, ob sie selbst oder ein anderes Stadtwerk oder privates Energieunternehmen die Netze betreibt. Das derzeitige Energiewirtschaftsgesetz legt den Kommunen bei ihrer Entscheidung zahlreiche Steine in den Weg und sorgt für Rechtsunsicherheit. Trotz anders lautender Ankündigung im Koalitionsvertrag vergibt die Bundesregierung aber mit ihrer Gesetzesnovelle die Chance, endlich für Transparenz und Klarheit bei den Vergabekriterien zu sorgen und z. B. ‚Inhouse-Vergabe' an die eigenen Stadtwerke ohne aufwendige Ausschreibung der Netze zu ermöglichen. Mit der geplanten Neuregelung verschlechtern CDU/CSU und SPD sogar, was sie eigentlich verbessern sollten. Meine Rede dazu im Bundestag findet sich HIER.

*Agrar/ Ernährung*

**7) Glyphosat-Verlängerung vorerst gestoppt**

Mitte Mai scheiterte auch der zweite Versuch innerhalb der EU das Pflanzengift Glyphosat für weitere Jahre neu zu genehmigen. Zu Recht: seit es vor einem Jahr von der Krebsforschungsagentur der WHO als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen" und „krebserregend" bei Versuchstieren eingestuft wurde, gibt es Streit darum, denn „wahrscheinlich krebserregende" Pestizidwirkstoffe dürfen nach neuem EU-Recht nicht mehr zugelassen werden. Länder wie Frankreich und Italien haben der Neuzulassung bereits eine Absage erteilt. Die Bundesregierung wollte Glyphosat lange Zeit trotz des immer wieder beschworenen Vorsorgeprinzips durchwinken. Der gesellschaftliche Druck hat aber immerhin die SPD zum Umdenken bewegt. Weil die Union weiter Glyphosat zulassen will, hat Deutschland keine Haltung zu dem auch für Artenvielfalt schädlichen Pflanzengift. Glyphosat findet sich im Essen und in unseren Körpern. Da gehört es nicht hin. Es muss das Vorsorgeprinzip gelten. Der Verzicht auf Glyphosat wäre auch ein Schritt, um von der industrialisierten Landwirtschaft weg-

zukommen. Weitere Infos finden sich HIER.

**8) Endlich raus aus der Milchkrise**

Die Krise auf dem Milchmarkt verschärft sich weiter. Erzeugerpreise von unter 20 Cent pro Liter Milch sind ein neuer trauriger Rekord nach unten. Die Produktionskosten liegen demgegenüber bei ca. 45 Cent. In der Krise zeigt sich die Planlosigkeit der Union in der Agrarpolitik. Die angekündigte Unterstützung der Milchbauern kommt nach dem Gießkannenprinzip – sie ist unpräzise und ohne Langzeitwirkung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Angebotsmenge zu reduzieren, damit die Bauern endlich wieder Geld verdienen können und das Höfesterben ein Ende hat. Weitere Infos finden sich HIER.

**9) Nitrat: EU-Klage gegen Deutschland**

Wegen zu hoher Nitratgehalte in deutschen Gewässern hat die EU-Kommission nun die letzte Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland eingeleitet. Schon bald könnten empfindliche Strafzahlungen folgen. Vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt die EU Deutschland, denn die Regierung hat es versäumt, strengere Maßnahmen gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat zu ergreifen und damit die europäische Nitratrichtlinie von 1991 missachtet. Ermahnungen der Kommission, die Richtlinie umzusetzen, hat die Bundesregierung ignoriert. Die wichtigste Maßnahme zur Nitrat-Reduktion wäre die Verringerung der Einträge aus der Landwirtschaft mit der Novelle von Düngegesetz und Düngeverordnung, doch diese Möglichkeit lassen CDU/CSU und SPD nach wie vor ungenutzt. Was aus unserer Sicht hier notwendig ist, zeigen unsere Anträge zum Umgang mit Nährstoffen und zum Gewässerschutz. Weitere Infos gibt es zudem HIER.

**10) Mehr Transparenz bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA**

Seit langem setzt sich die Grüne Bundestagsfraktion für mehr Transparenz bei den Verhandlungen von Freihandelsabkommen ein. Zu TTIP haben wir inzwischen sogar eine Klage vor dem Europäischen Gericht eingereicht. Die Leaks von Verhandlungsdokumenten haben die Diskussion über Risiken und Schäden von TTIP nun noch mal verschärft. Das bestätigt uns unsere Kritik. Handelsabkommen mit der Tragweite von TTIP und CETA dürfen nicht verhandelt werden, ohne dass Parlamente und Öffentlichkeit an der Diskussion beteiligt und fortlaufend und umfänglich darüber informiert werden. Unsere Anfragen an die Bundesregierung zu den Dokumenten und die ernüchternden Antworten, mehr zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA findet sich HIER.

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

**11) Abgasuntersuchung ohne Abgasmessung – Große Koalition sieht keinen Handlungsbedarf**

Deutsche Fahrzeughalter sind dazu verpflichtet, bei ihrem Fahrzeug alle zwei Jahre im Rahmen der Hauptuntersuchung (HU) auch eine Abgasuntersuchung (AU) vornehmen zu lassen. Dafür zahlen sie jedes Jahr insgesamt 666 Mio. Euro. Doch wer denkt, dass dabei eine Untersuchung der Abgase am Auspuff stattfindet, der irrt. Das ist Abzocke. Wir brauchen endlich eine Abgasmessung, die den Namen vierdient. Darauf haben Autofahrer, aber auch die Menschen in den Innenstädten ein Anrecht. Statt das Thema weiter auszusitzen und damit das Schummeln der Autoindustrie zu decken, muss Verkehrsminister Dobrindt endlich ernsthafte Abgastests einführen. Weitere Infos HIER.

**12) Elektromobilität fördern – aber richtig!**

Seit Jahren fordern Grüne eine Förderung für Elektroautos, die tatsächlich mehr E-Autos anstelle von Benzinern und Dieseln auf die Straße bringt. Nun endlich hat die Bundesregierung eine Förderung in Höhe von 4.000 Euro (je 2.000 von Staat und der Industrie) von Elektroautos auf den Weg gebracht. Doch die von Union und SPD beschlossene E-Förderung ist leider falsch konzipiert. Statt durch eine Erhöhung der KfZ-Steuer für die Halter von großen Spritschluckern die Förderung für das E-Auto zu finanzieren, soll das Geld aus dem allgemeinen Haushalt kommen. Sprich auch Radfahrer, Fußgänger

und jeder andere Steuerzahler sollen bezahlen. Das ist nicht verursachergerecht. Mehr zu unserer Kritik am Fördermodell und unser eigener Antrag finden sich HIER.

**13) Studie: Diesel schadet dem Klima – Autoindustrie in der Sackgasse**

Seit Jahren argumentieren die Befürworter der Dieseltechnik, der Dieselmotor leiste einen Beitrag zum Klimaschutz und sei notwendig, damit die Automobilhersteller die europäischen CO2-Flottengrenzwerte einhalten können. Aber: Der Diesel bringt gar keinen Vorteil für den Klimaschutz. Im Gegenteil, in Deutschland sind Benzin-Neuwagen im Schnitt bereits heute klimafreundlicher. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion erstellt hat. Auch bei den übrigen Schadstoffemissionen schneidet der Diesel deutlich schlechter ab. Dennoch wird die Dieseltechnologie weiterhin massiv steuerlich begünstigt. Es ist aller höchste Zeit umzusteuern – die Dieselsubventionierung ist eine Sackgasse. Mehr Infos zum Thema gibt's HIER.

**14) Deutschland braucht einen Bundesnetzplan**

Die Öffentlichkeitsbeteiligung zu Dobrindts Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist vorbei. Der Verkehrsminister sollte darum jetzt die Stellungnahmen genau lesen und seine Straßenbau-Wunschliste grundlegend überarbeiten. Denn was eine zukunftsfähige Mobilität in Deutschland zur Planung braucht, ist keine Straßenbau-Wünsch-dir-was-Liste, sondern ein durchdachter Bundesnetzplan, der verschiedene Verkehrsarten, nachhaltige Mobilitäts-und Zukunftstrends mitdenkt und nicht auf alles pfeift, was in Sachen Klima- und Umweltschutz einmal vereinbart wurde. Planen mit Köpfchen statt Straßen bauen auf Teufel komm raus – das leistet unser Grüner Bundesnetzplan. Dieser findet sich HIER.

**15) Der Abgas-Untersuchungsausschuss kommt**

Acht Monate nach Bekanntwerden des Abgasskandals ist die Abgas-Affäre alles andere als aufgeklärt. Im Gegenteil: wöchentlich werden neue Fälle von Schummeleien und Grenzwertüberschreitungen bekannt. Aufgedeckt werden diese aber nicht durch die Bundesregierung. Der von Verkehrsminister Dobrindt lang angekündigte Untersuchungsbericht wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Handelt es sich hier um vorwerfbares Staatsversagen? Wer sind die wahren Verantwortlichen in der Politik, was wussten sie, wann wussten sie was und warum haben sie nichts unternommen um diesen Skandal gar nicht erst entstehen zu lassen? Um diese Fragen endgültig zu klären, haben wir als letztes Mittel nun die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beantragt. Meine Rede dazu im Bundestag findet sich HIER.

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der Website von Oliver Krischer dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.